

Beobachtet, verfolgt, zersetzt – psychische Erkrankungen bei Betroffenen nichtstrafrechtlicher Repressionen in der ehemaligen DDR

Observed, Pursued, Disintegrated – Mental Disorders Among Victims of Non-Criminal Repressions in the Former GDR

Autoren

Carsten Spitzer¹, Ines Ulrich¹, Kathryn Plock¹, Jörn Mothes², Anne Drescher², Lena Gürtler², Harald J. Freyberger¹, Sven Barnow¹

Institute

¹ Klinik und Poliklinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald am HANSE-Klinikum Stralsund
² Der Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Schwerin

Schlüsselwörter

- politische Depression
- Prävalenz psychischer Störungen
- Psychotraumatologie
- Zersetzungsmaßnahmen

Key words

- political repression
- prevalence of mental disorders
- psychotraumatology
- psychological terror

Zusammenfassung

Anliegen Über die Prävalenz psychischer Störungen bei DDR-Bürgern, die von nichtstrafrechtlichen Repressionen betroffen waren, ist wenig bekannt.

Methode 74 Opfer derartiger Verfolgungsmaßnahmen wurden daher mit einem standardisierten psychiatrischen Interview untersucht.

Ergebnisse Bei 60% wurde mindestens eine psychische Erkrankung diagnostiziert, wobei die af-

fektiven, Angst- und somatoformen Störungen am häufigsten gefunden wurden.

Schlussfolgerungen Die Prävalenzraten lagen in unserer Stichprobe höher als in der Allgemeinbevölkerung und sind mit denen politischer Häftlinge vergleichbar, die jedoch häufiger unter Angst- und posttraumatischen Belastungsstörungen leiden.

Einleitung

Die durch den Staat gegen seine „inneren Feinde“ organisierte politische Verfolgung in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) umfasste sowohl klassische Formen der Repression wie politische Haft und Folter als auch andere Formen der politischen, gesellschaftlichen und beruflichen Repression [1–5]. Zu diesen Formen nichtstrafrechtlicher Repression gehörten zum Beispiel die gezielte Indiskretion, die Organisation gesellschaftlicher Misserfolge, politisch motivierte Benachteiligungen in Ausbildung und Beruf, Eingriffe in das Persönlichkeitsrecht durch Telefon- und Postüberwachung sowie andere Abhörmaßnahmen und der Einsatz von inoffiziellen Mitarbeitern (IM). Bisher hat sich die psychiatrische Forschung insbesondere auf ehemalige politische Häftlinge konzentriert [6,7]. Schätzungen gehen davon aus, dass zwischen 1945 und 1989 etwa 200 000 Menschen aus politischen Gründen inhaftiert waren. Auch wenn sich die Haftbedingungen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und späteren DDR mit der Zeit veränderten, waren Schlaf- und Essensentzug, Dauer- und Nachtverhöre sowie Isolations- und Einzelzellenhaft schwere Belastungsfaktoren der politischen Haft [6,8]. Verschiedene Studien kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass nahezu

jeder Betroffene infolge seiner Inhaftierung irgendwann unter psychiatrisch relevanten Symptomen wie Schlafstörungen, Ängsten, Albträumen oder somatoformen Beschwerden gelitten hat; bei knapp zwei Drittel persistieren die Beschwerden bis heute [7,9–12]. Auch auf der Ebene kategorialer psychischer Störungen lässt sich ein erhebliches Maß an Leiden feststellen: Der Anteil depressiver und Angststörungen ist am höchsten und schwankt je nach Untersuchung zwischen 20% und 50%, wobei die posttraumatische Belastungsstörung (PTSD) mit 30% am häufigsten gefunden wurde. Aber auch somatoforme Störungen (16%) und Suchterkrankungen (14%) wurden in relevantem Umfang diagnostiziert [9,11,13,14].

Im Gegensatz zu den vergleichsweise gut untersuchten psychischen und psychosozialen Folgeschäden durch politische Inhaftierung existieren kaum wissenschaftliche Untersuchungen zu psychiatrischen Aspekten bei Betroffenen nichtstrafrechtlicher Repressionsformen [15]. Diese „Strafen ohne Strafrecht“ [16] als „leise“ Methoden der nichtstrafrechtlichen Verfolgung [17] spielten jedoch insbesondere seit 1976 – aufgrund einer veränderten außenpolitischen Selbstdarstellung der DDR (die DDR trat 1973 der UNO bei und unterzeichnete 1975 die Schlussakte von Helsinki) – eine zentrale Rolle bei der politischen

Bibliografie

DOI 10.1055/s-2006-940059
 Online-Publikation:
 7. Dezember 2006
 Psychiat Prax 2007; 34: 81–86
 © Georg Thieme Verlag KG
 Stuttgart · New York ·
 ISSN 0303-4259

Korrespondenzadresse

PD Dr. Carsten Spitzer
 Klinik und Poliklinik für
 Psychiatrie und Psychotherapie,
 Ernst-Moritz-Arndt-Universität
 am HANSE-Klinikum Stralsund
 Rostocker Chaussee 70
 18437 Stralsund
 spitzer@uni-greifswald.de